

Stellungnahme aus dem Vorstand der AFK zur Wissenschaftsfreiheit unter Einbeziehung der Arbeitskreise

Die folgende Stellungnahme des AFK-Vorstands ist das Resultat eines partizipativen Prozesses. Aufbauend auf einem ausgiebigen Austausch auf der Mitgliederversammlung im Februar 2025, wurde vom Vorstand ein erster Entwurf erarbeitet, der den Arbeitskreisen (AK's) der AFK vorgelegt wurde, mit der Bitte, sich hierzu zu äußern. Es gab kein Veto hierzu, lediglich kleine Anmerkungen aus drei AK's, die der Vorstand nach bestem Gewissen in der finalen Version umgesetzt hat.

Wir beobachten mit Sorge die politischen Diskurse und Maßnahmen, die darauf abzielen, auch in Deutschland und im deutschsprachigen Raum die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit einzuschränken. Das deutsche Grundgesetz Artikel 5 bekräftigt die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Dennoch erleben wir in Deutschland und im deutschsprachigen Raum, dass Forschung und internationaler akademischer Austausch bereits jetzt eingeschränkt wird. In Folge der Debatten um Grenzen des politischen und akademischen Diskurses mit Blick auf die militärische Intervention Israels auf Gaza nach dem Angriff der Hamas am 07. Oktober 2023 wurden Vortragende ausgeladen, Veranstaltungen an Universitäten abgesagt und (Gast)wissenschaftler*innen in ihrer Wissenschafts- und Meinungsfreiheit eingeschränkt. Friedens- und Konfliktforschende, vor allem in Bereichen der Diversitäts-, Geschlechter-, Migrations- und Postkolonialen Forschung, sind Einwänden und Vorurteilen von politischer Seite und Hassreden im öffentlichen Raum ausgesetzt und werden eingeschüchtert. Im Zuge der Aufrüstungsdebatten wird die Diskussion um die Abschaffung der Zivilklausel an den Universitäten vehementer, in Bayern ist sie inzwischen abgeschafft.

Angriffe auf Forschende, Studierende und wissenschaftliche Einrichtungen sind weltweit zu beklagen. Die [Wissenschaftsvereinigung „scholars at risk“](#) dokumentierte, dass allein im vergangenen Jahr 135 Wissenschaftler*innen weltweit ermordet wurden. Am Beispiel der Abwicklung von Gender Studies in Ungarn und den gegenwärtigen Angriffen auf das Wissenschaftssystem der USA sehen wir, dass auch vermeintlich liberale Demokratien bedroht sind. Nicht nur die Forschungsfreiheit wird als Folge des autoritären Regierens von US Präsident Donald Trump eingeschränkt. Auch Wissenschaftler*innen und Student*innen, insbesondere aus dem Ausland, sind von Repressionen, Einreiseverboten, Verhaftungen und Abschiebungen bedroht. Renommierete Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung, wie das US Institute for Peace (USIP) und das Woodrow Wilson Center sind geschlossen worden.

Als **Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK)** wenden wir uns gegen alle Formen von Antisemitismus, Rassismus, Islamophobie, Misogynie und Queerfeindlichkeit sowie alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir fordern, die grundgesetzlich verbrieftete Freiheit der Wissenschaft davor zu schützen, dass der Staat autoritativ über Wissenschaft und Forschung entscheidet oder diese gar einschränkt. Als AFK verwehren wir uns gegen Repressionen von Wissenschaftler*innen jeglicher Art, insbesondere gegen jene in prekären und zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen, gerade wenn sie an aufenthaltsrechtliche Restriktionen gebunden sind. Wir stehen dafür ein, sich jeglicher Zensur und Selbstzensur zu widersetzen, insbesondere wenn es darum geht, Krieg und Gewalt zu erforschen. Wissenschaft entsteht nicht monologisch, sondern ist auf den freien, und auch kontroversen Austausch mit Andersdenkenden angewiesen. Dazu braucht es eine Debatten- und

Streitkultur, die darauf ausgerichtet ist, Hass und Gewalt zu überwinden. Wir erinnern daran, dass eine offene, pluralistische Forschungskultur die Voraussetzung für einen wirksamen Beitrag zur Förderung von Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechten ist – lokal wie global.

Die AFK solidarisiert sich daher mit bedrohten Wissenschaftler*innen weltweit und stellt sich an die Seite insbesondere von prekär angestellten Wissenschaftler*innen (ECRs, und Forscher*innen mit nicht-EU/EWR/CH-Pass, die von Einschüchterung, Zensur, und Sanktionen betroffen sind. In diesem Sinne fordern wir Universitäten, Forschungseinrichtungen, und Verantwortliche auf, aktiv gegen jede Form der Einschüchterung und Machtmissbrauch an Universitäten wie wissenschaftlichen Einrichtungen vorzugehen und Mittel und Stellen für (international) bedrohte Wissenschaftler*innen zu schaffen.

*Die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) ist eine wissenschaftliche Vereinigung, zu der sich Friedensforscher*innen aus dem deutschsprachigen Raum aus verschiedenen Disziplinen zusammengeschlossen haben. Die AFK fördert wissenschaftliche Arbeiten, die zu einem Verständnis der Ursachen von Frieden und Krieg beitragen und Grundlage für eine am Frieden orientierte politische Praxis sein sollen.*